

# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

20. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 27. Juni 1967

Nummer 80

Die Auslieferung des Ministerialblattes Nr. 79 verzögert sich um einige Tage.  
Es wird gebeten, von Nachfragen abzusehen.

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
1131	9. 6. 1967	Bek. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Vergebung der Ökonomierat-Heinrich-Peitzmeier-Plakette . . . . .	820
203030	1. 6. 1967	RdErl. d. Innenministers Gesundheitsfürsorge der Polizeivollzugsbeamten; Schirmbilduntersuchungen . . . . .	820
21260	5. 6. 1967	RdErl. d. Innenministers Verhütung und Bekämpfung bakteriell bedingter übertragbarer Darmkrankheiten . . . . .	820
2160	1. 6. 1967	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Heimaufsicht, Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen und öffentliche Aufsicht in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung . . . . .	820
2163	2. 6. 1967	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Richtlinien für Tageseinrichtungen für Kinder und Kinderheime . . . . .	821
21703	6. 6. 1967	RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers Aussiedlung von Deutschen aus den von Polen verwalteten deutschen Gebieten und aus Polen; I. Überweisung der Fahrkosten in D-Mark an hilfsbedürftige Aussiedler aus diesen Gebieten II. Gebühren für die Erteilung eines Sichtvermerks durch die Polnische Militärmission in Berlin	821
7831	6. 6. 1967	RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ausfuhr von Hunden und Katzen nach Belgien, den Niederlanden und Luxemburg . . . . .	821

### II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum	Seite
<b>Chef der Staatskanzlei</b>	
Anschriftenänderung des Verwaltungsgerichts Aachen . . . . .	822
<b>Innenminister</b>	
Personalveränderungen . . . . .	821
<b>Hinweis</b>	
Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 22 v. 9. 6. 1967 . . . . .	822
Hinweis für die Bezieher der SMBl. NW . . . . .	822

## I.

1131

**Vergabung der Ökonomierat-Heinrich-Peitzmeier-Plakette**

Bek. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten  
v. 9. 6. 1967 — II B 4 — 2436 — 645:67

Meine Bekanntmachung v. 5. 3. 1952 (SMBl. NW. 1131)  
wird aufgehoben.

— MBl. NW. 1967 S. 820.

203030

**Gesundheitsfürsorge der Polizeivollzugsbeamten  
Schirmbilduntersuchungen**

RdErl. d. Innenministers v. 1. 6. 1967 — IV D 3 — 8022

Abs. 4 meines RdErl. v. 9. 11. 1960 (SMBl. NW. 203030)  
wird aufgehoben.

— MBl. NW. 1967 S. 820.

21260

**Verhütung und Bekämpfung  
bakteriell bedingter übertragbarer  
Darmkrankheiten**

RdErl. d. Innenministers v. 5. 6. 1967 — VI A 4 — 44.01.32

In Nr. 3.22.12 des RdErl. v. 7. 7. 1964 (SMBl. NW. 21260)  
wird nach dem ersten Absatz ein neuer Absatz mit folgendem  
Wortlaut eingefügt:

Mehr als die Hälfte der gemeldeten Erkrankungen an  
Enteritis infectiosa werden durch *S. typhi* murium verur-  
sacht. Zur Infektionsquellenermittlung ist deshalb häufig,  
wie bei den durch Typhus- und Paratyphus B-Bakterien-  
stämmen hervorgerufenen Erkrankungsfällen, die Bestim-  
mung des Lysotyps erforderlich. Die isolierten Stämme  
können zur Untersuchung an das Bundesgesundheitsamt in  
Berlin 33, Thielallee 88-92, eingesandt werden. Die Kosten  
der Phagentypisierung werden aus Landesmitteln über-  
nommen.

Hinsichtlich der Einsendung der Proben, der Unterrich-  
tung der Gesundheitsämter über das Ergebnis, der Bericht-  
erstattung auf Bl. 2.02 des Jahresgesundheitsberichts sowie  
der Übernahme der Untersuchungskosten gelten die Vor-  
schriften unter 3.21.12 entsprechend.

— MBl. NW. 1967 S. 820.

2160

**Heimaufsicht, Schutz von Minderjährigen  
unter 16 Jahren in Heimen und öffentliche Aufsicht  
in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorge-  
erziehung**

RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers  
v. 1. 6. 1967 — IV B:2 — 6190

Der RdErl. v. 27. 2. 1963 (SMBl. NW. 2160) wird im Ein-  
vernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

1. Es wird folgende Nr. 1.4 eingefügt:

1.4 (1) Die gesundheitliche Betreuung der in den Heimen  
und anderen Einrichtungen der Jugendhilfe unter-  
gebrachten Minderjährigen sowie die hygienischen  
Verhältnisse der Einrichtungen werden nach den  
§§ 55 ff. der Dritten Durchführungsverordnung  
zum Gesetz über die Vereinheitlichung des Ge-  
sundheitswesens v. 3. März 1935 (RMBl. S. 327)  
durch das Gesundheitsamt überwacht. Das Ge-  
sundheitsamt und das Landesjugendamt stimmen  
ihre Maßnahmen aufeinander ab.

(2) Alle im Erziehungs-, Pflege-, Wirtschafts- und  
Verwaltungsdienst der Einrichtungen tätigen  
Kräfte müssen vor Aufnahme ihrer Tätigkeit und  
jährlich einmal durch ein der Kreisordnungsbe-  
hörde vorzulegendes Zeugnis des Gesundheits-

amtes nachweisen, daß bei ihnen eine ansteckungs-  
fähige Tuberkulose der Atmungsorgane nicht vor-  
liegt. Bei Wiederholungsuntersuchungen kann der  
Nachweis auch durch das Zeugnis eines sonstigen  
Arztes geführt werden, das dem zuständigen Ge-  
sundheitsamt zuzuleiten ist (vgl. § 47, 48 des Bun-  
desseuchengesetzes v. 18. Juli 1961 — BGBl. I S.  
1012). Bei positivem Befund nach einer Wieder-  
holungsuntersuchung macht das Gesundheitsamt  
unverzüglich dem Landesjugendamt Mitteilung  
(vgl. Nr. 5.8 d. RdErl. d. Innenministers zur Aus-  
führung des Bundesseuchengesetzes v. 4. 2. 1963 —  
SMBl. NW. 21260). Das mit der Zubereitung von  
Speisen oder Getränken beschäftigte Personal muß  
darüber hinaus vor der Einstellung und einmal  
jährlich dem Träger der Einrichtung durch Vor-  
lage eines Zeugnisses des Gesundheitsamtes oder  
eines von der örtlichen Ordnungsbehörde zugela-  
senen Arztes nachweisen, daß die in § 17 Nr. 1 bis 3  
des Bundesseuchengesetzes aufgezählten Krank-  
heiten oder körperlichen Zustände nicht vorliegen  
(§ 18 Abs. 1 des Bundesseuchengesetzes).

Im Hinblick auf § 48 Abs. 1 i. Verb. mit § 45 Abs. 1  
des Bundesseuchengesetzes wird den Trägern  
außerdem empfohlen, vor der Einstellung von  
Kräften, die für den Erziehungs-, Pflege-, Wirt-  
schafts- und Verwaltungsdienst in der Einrichtung  
vorgesehen sind, durch ein ärztliches Zeugnis den  
Nachweis zu verlangen, daß bei ihnen eine der in  
§ 45 Abs. 1 des Bundesseuchengesetzes genannten  
Krankheiten nicht vorliegt und daß sie für die  
Ausübung des Berufs geeignet sind.

(3) Das in den Einrichtungen beschäftigte Erzie-  
hungs-, Pflege-, Wirtschafts- und Verwaltungs-  
personal hat die Vorschriften des § 48 Abs. 1 i.  
Verb. mit § 45 Abs. 1 bis 3 des Bundesseuchen-  
gesetzes zu beachten. Es soll vom Leiter der Ein-  
richtung wiederholt auf diese Verpflichtung auf-  
merksam gemacht werden. Außerdem ist es  
zweckmäßig, das außerhalb der Einrichtung woh-  
nende Personal anzuweisen, jeden in seiner Wohn-  
gemeinschaft bekanntgewordenen Fall einer in § 45  
Abs. 3 des Bundesseuchengesetzes genannten  
übertragbaren Krankheit dem Leiter der Einrich-  
tung oder seinem Vertreter unverzüglich mitzu-  
teilen.

(4) Tritt eine meldepflichtige oder eine in § 45 Abs. 1  
des Bundesseuchengesetzes darüber hinaus ge-  
nannte übertragbare Krankheit oder ein hierauf  
gerichteter Krankheitsverdacht auf, so hat der  
Leiter der Einrichtung das zuständige Gesund-  
heitsamt unverzüglich zu benachrichtigen.

(5) Im übrigen wird auf die Bestimmungen unter Nr.  
3.11, 3.3 und 5 d. RdErl. d. Innenministers zur  
Ausführung des Bundesseuchengesetzes v. 4. 2.  
1963 verwiesen.

2. Nr. 2.8 Abs. (1) a erhält folgende Fassung:

a) Personalien des Leiters und der Erzieher der Einrich-  
tungen unter Angabe des Geburtstages, des Geburts-  
ortes, des Familienstandes, des Wohnsitzes, der Staats-  
angehörigkeit und des religiösen Bekenntnisses. Die  
Träger sind zur Angabe des religiösen Bekenntnisses  
ihrer Bediensteten nicht verpflichtet, wenn ihre Ein-  
richtungen nicht nach konfessionellen oder weltan-  
schaulichen Grundsätzen geführt werden.

Erzieher sind alle Personen, die unmittelbar mit der  
Erziehung, Pflege und Beaufsichtigung von Minder-  
jährigen befaßt sind.

Der Meldung ist ein Lebenslauf beizufügen.

Für Erzieher ist dies dann nicht erforderlich, wenn in  
der Meldung die Erklärung abgegeben wird, daß der  
Lebenslauf zur jederzeitigen Einsicht durch das Lan-  
desjugendamt vorliegt. Das gilt auch für die Leiter von  
Heimen und anderen Einrichtungen, die zur Zeit des  
Erlasses dieser Richtlinien bei ein und demselben  
Träger in dieser Eigenschaft oder als Erzieher länger  
als 5 Jahre tätig waren.

— MBl. NW. 1967 S. 820.

**2163 Richtlinien für Tageseinrichtungen für Kinder und Kinderheime**RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers  
v. 2. 6. 1967 — IV B-2 — 6192

Der RdErl. v. 1. 7. 1964 — (SMBl. NW. 2163) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister wie folgt geändert:

1. Nr. 3.5 wird gestrichen.
2. Nr. 3.6 wird Nr. 3.5.
3. Nr. 3.7 wird Nr. 3.6.
4. Nr. 4 erhält folgende Fassung:

**4. Gesundheitliche Betreuung****4.1 Allgemeines**

Hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung der in den Heimen und Tageseinrichtungen aufgenommenen Kinder, der gesundheitlichen Überwachung des Personals sowie der Überwachung der hygienischen Verhältnisse der Einrichtungen wird auf Nr. 1.4 d. RdErl. v. 27. 2. 1963 (SMBl. NW. 2160) betreffend Heimaufsicht, Schutz von Minderjährigen unter 16 Jahren in Heimen und öffentliche Aufsicht in der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung verwiesen. Den Trägern der Einrichtungen wird empfohlen, das Merkblatt des Bundesgesundheitsamtes „Zeittafel für die Wiederzulassung in Schulen und sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen“ durch den deutschen Ärzteverband, Köln, Melchiorstr. 12, zu beziehen und dafür Sorge zu tragen, daß die Leiter der Einrichtungen und ihre Vertreter in der Lage sind, die wichtigsten übertragbaren Krankheiten zu erkennen.

**4.2 Aufnahmeuntersuchung**

Bei der Neuaufnahme eines Kindes ist dem Leiter der Einrichtung ein ärztliches Attest vorzulegen, aus dem hervorgeht, daß das Kind nicht an einer übertragbaren Krankheit im Sinne der §§ 3, 45 Abs. 1 des Bundesseuchengesetzes v. 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012) leidet oder dessen verdächtig ist. Es soll ferner schriftlich festgehalten werden, welche Krankheiten, insbesondere Infektionskrankheiten, das Kind durchgemacht hat, welche Schutzimpfungen es erhalten hat, welches Ergebnis vorhergegangene Tuberkulinproben gehabt haben und ob das Kind durch Personen, mit denen es zusammengelebt hat oder lebt, tuberkulös gefährdet war oder ist. Das Attest und der Vermerk sind für die Dauer des Aufenthalts aufzubewahren.

**4.3 Beratung in gesundheitlichen Fragen, Haustiere**

- (1) Der Leiter der Einrichtung soll sich in allen gesundheitlichen Fragen von einem geeigneten Arzt beraten lassen. Er soll ihn beauftragen, die gesundheitliche Entwicklung der Kinder zu überwachen.
- (2) Der Leiter und Gruppenleiter sollen über die notwendigen Kenntnisse zur ersten Hilfe verfügen; andernfalls muß eine entsprechend ausgebildete Kraft erreichbar sein. In der Einrichtung muß eine verschließbare Hausapotheke mit einer Ausstattung für erste Hilfe vorhanden sein.
- (3) Haustiere dürfen nur gehalten werden, wenn sie vor der Aufnahme in die Einrichtung tierärztlich untersucht sind und laufend ärztlich überwacht werden.

**4.4 Ärztliche Versorgung und Betreuung**

- (1) Die ärztliche Versorgung der Kinder soll nach Möglichkeit durch einen Facharzt für Kinderkrankheiten oder einen in der Kinderheilkunde erfahrenen Arzt erfolgen.
- (2) Für Kinder in Kinderheimen sind ferner erforderlich:
  - a) regelmäßige Gewichts- und Wachstumskontrollen,
  - b) Reihenuntersuchungen zur Überwachung des allgemeinen Gesundheitszustandes,
  - c) regelmäßige Tbc-Spezialuntersuchungen in höchstens zweijährigen Abständen.

**4.5 Benachrichtigung des Gesundheitsamtes bei Behinderung**

Wird festgestellt, daß ein Kind

- a) in seiner Bewegungsfähigkeit behindert oder bedroht ist,
- b) von einer Spaltbildung des Gesichts oder des Rumpfes befallen oder bedroht ist,

- c) blind oder durch Blindheit bedroht ist,
  - d) durch eine Beeinträchtigung der Hörfähigkeit oder der Sprachfähigkeit wesentlich behindert ist,
- so ist der Personensorgeberechtigte unter Hinweis auf seine Pflichten anzuhalten, das behinderte oder von Behinderung bedrohte Kind einem Arzt vorzustellen. Lehnt der Personensorgeberechtigte dieses ab, so ist das Gesundheitsamt gemäß § 124 (2) des Bundessozialhilfegesetzes v. 30. Juni 1961 (BGBl. I S. 815) zu benachrichtigen.

— MBl. NW. 1967 S. 821.

**21703****Aussiedlung von Deutschen aus den von Polen verwalteten deutschen Gebieten und aus Polen;****I. Überweisung der Fahrkosten in D-Mark an hilfsbedürftige Aussiedler aus diesen Gebieten****II. Gebühren für die Erteilung eines Sichtvermerks durch die Polnische Militärmission in Berlin**RdErl. d. Arbeits- und Sozialministers  
v. 6. 6. 1967 — IV A 1 — 5127.0

In Abschnitt II meines RdErl. v. 20. 11. 1965 (SMBl. NW. 21703) wird im Absatz 1 der letzte Satz durch folgende Sätze ersetzt:

Für die Erteilung des Sichtvermerks erhebt die Polnische Militärmission für eine Einladung zum **ständigen Aufenthalt** in der Bundesrepublik eine Gebühr, die ab 1. April 1967 für eine Person 30,— Deutsche Mark beträgt. Die Gebühr für eine Einladung zum **Besuch** in der Bundesrepublik beträgt vom gleichen Zeitpunkt an für eine Person 15,— Deutsche Mark.

— MBl. NW. 1967 S. 821.

**7831****Ausfuhr von Hunden und Katzen nach Belgien, den Niederlanden und Luxemburg**

RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten v. 6. 6. 1967 — II C 2 — 2570 Tgb.Nr. 650/67

In dem RdErl. v. 20. 9. 1962 (SMBl. NW. 7831) erhält der letzte Absatz folgende Fassung:

Nach der Luxemburgischen Ministerialverordnung vom 22. März 1967 müssen in dem Impfzeugnis zusätzlich die Gültigkeitsdauer des Zeugnisses und das Verfallsdatum des verwendeten Impfstoffes vermerkt sein.

— MBl. NW. 1967 S. 821.

**II.****Innenminister****Personalveränderungen****Nachgeordnete Behörden**

Es sind ernannt worden:

**Regierungspräsident Arnsberg**

Kriminalrat G. Janzik zum Kriminaloberrat

**Regierungspräsident Düsseldorf**

Kriminalrat H. Wilmsen zum Kriminaloberrat

**Polizeipräsident in Aachen**

Kriminaloberrat H. Junge zum Kriminaldirektor

**Polizeipräsident Gelsenkirchen**

Polizeiberrat G. Blüchel zum Schutzpolizeidirektor

**Polizeipräsident in Wuppertal**

Kriminalrat G. Bauer zum Kriminaloberrat

**Polizeipräsident Köln**

Kriminalhauptkommissar Dr. W. Wildangel zum Kriminalrat

Polizeihauptkommissar H. Krauß zum Polizeirat

**Polizei-Institut Hilstrup**

Kriminalrat E. Rößmann zum Kriminaloberrat

Polizeihauptkommissar E. Hellweg zum Polizeirat

**Landeskriminalamt NW Düsseldorf**

Kriminalrätin Dr. I. Matthes zur Kriminaloberrätin

**Landeskriminalschule NW Düsseldorf**

Kriminalrat W. Hamacher zum Kriminaloberrat

— MBl. NW. 1967 S. 821.

**Chef der Staatskanzlei****Anschriftenänderung  
des Verwaltungsgerichts Aachen**

Das Verwaltungsgericht Aachen ist umgezogen.

Neue Anschrift: 51 Aachen, Franzstraße 49  
(Landesbehördenhaus)

Neue Tel.-Nr.: 45 71, Postschließfach 906.

— MBl. NW. 1967 S. 822.

**Hinweis****Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen**

Nr. 22 v. 9. 6. 1967

(Einzelpreis dieser Nummer 0,50 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
20321	26. 5. 1967	Fünfte Verordnung zur Änderung der Unterhaltszuschußverordnung . . . . .	88
25	26. 4. 1967	Verordnung zur Bestimmung der Zuständigkeiten nach § 29 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes (Zuständigkeitsverordnung BWGöD) . . . . .	89
	22. 5. 1967	Nachtrag zur Konzessions-Urkunde vom 2. August 1899 — Amtsblatt der Regierung zu Münster, Jahrgang 1900 Nr. 2, besondere Beilage, vom 11. 1. 1900 — betr. den Bau und Betrieb einer vollspurigen Nebeneisenbahn von Ahaus nach Enschede innerhalb des Preußischen Staatsgebietes durch die Ahaus-Enscheder Eisenbahn-Gesellschaft . . . . .	89
	23. 5. 1967	Nachtrag zur Genehmigungsurkunde des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 5. August 1912 — I. K. 3278 — und den hierzu ergangenen Nachträgen zum Bau und Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn von Wesel über Rees nach Emmerich . . . . .	89
	23. 5. 1967	Nachtrag zur Genehmigungsurkunde des Regierungspräsidenten in Düsseldorf vom 8. Oktober 1914 — I. K. 4504 — und den hierzu ergangenen Nachträgen zum Bau und Betrieb einer nebenbahnähnlichen Kleinbahn von Rees nach Empel . . . . .	90

— MBl. NW. 1967 S. 822.

**Hinweis für die Bezieher der SMBl. NW.**

Auf den wichtigen Hinweis im Ministerialblatt Nr. 77/1967 S. 778 wird wegen Ablauf der Bestellfrist für die Ordner der SMBl. NW. nochmals aufmerksam gemacht.

— MBl. NW. 1967 S. 822.

**Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (Einzelheft 0,30 DM) auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Rhein. Girozentrale und Provinzialbank Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen.

Wenn nicht innerhalb von acht Tagen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen.  
Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 13,45 DM, Ausgabe B 14,65 DM.